Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 11

Artikel: Ein einfacher Bürger stellt Fragen : Teil I ; II., Warum sind bisher alle Abrüstungskonferenzen gescheitert?

Autor: Gelpke, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140610

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein einfacher Bürger stellt Fragen

Ohne mit den Ansichten des Autors in allen Punkten einverstanden zu sein, bringen wir seine Ausführungen unseren Lesern gerne zur Kenntnis. Red.

I.

Mit etwas über 73 000 Unterschriften hat die Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung eine Initiative betreffend ein Verbot der atomaren Waffen eingereicht. Bundesrat und Parlament beantragen die Verwerfung dieser Initiative. Die Mehrheit der Sozialdemokraten empfiehlt eine andere Initiative, die zwar das Wort «Verbot» vermeidet, aber den Entscheid über die Einführung von atomaren Waffen der Volksabstimmung unterbreiten möchte. Hätten die Atomwaffengegner das Geld, um das Volk aufklären zu können, so bestünde kein Zweifel, daß das Volk beide Initiativen gutheißen würde.

Die Initiative der 73 000 wurde Ende April 1959 eingereicht und muß daher spätestens Ende April 1962 zur Volksabstimmung gelangen. Ich bin einer der 73 000 einfachen Bürger, welche die Initiative unterschrieben haben. Ich weiß, daß ein großer Teil aus religiösen Motiven unterzeichnet hat. Ich hatte dazu andere Gründe. Seit dem 1919 abgeschlossenen Versailler Vertrag, der eine weitgehende Abrüstung aller, und nicht nur der deutschen Armee, vorsah, habe ich alle Abrüstungs- und Kriegsursachen-Literatur, die das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich sammelt, studiert. Ich hörte überdies Referate von prominenten deutschen Hitler-Gegnern im Exil, die nie veröffentlicht werden konnten. Sie bezogen sich auf die Frage, warum bis heute alle Abrüstungsverhandlungen scheiterten.

Der schweizerische Bundesrat und unser Parlament stellen eine andere Frage. Sie fragen: «Warum auf etwas verzichten, was unsere Verteidigungskraft gewaltig erhöhen würde?» Aber diese Frage umgeht die peinlichste aller politischen Fragen, nämlich die Frage: Warum wurde vor Hitlers Machtantritt und zu einer Zeit, als sowohl Deutschland wie auch die Sowjetunion völlig machtlos waren, nicht abgerüstet? Warum wurde nicht abgerüstet, obwohl dies im Versailler Vertrag vereinbart war und allen Völkern der Welt versprochen wurde? Inzwischen hat die Technik den Krieg besiegt. Weil die moderne Waffentechnik die Vorbereitung eines Krieges mit atomaren Waffen sinnlos macht, will weder der Osten noch der Westen einen totalen Krieg. Und rund 10 000 Sachverständige aus 40 Ländern, darunter 36 Nobelpreisträger, zogen daraus die zwingende Schlußfolgerung: *Sie fordern ein Verbot der atomaren Waffen, denn jede Vermehrung dieser Waffen erhöht das Risiko eines Zufallskrieges. Um alle die zahllosen opferreichen Aktionen der Atomwaffengegner wurde eine Schweigemauer errichtet. Einige — wie den Nobelpreisträger Russell und seine Frau — hat man durch Rufmord zum Schwei-*

gen bringen wollen. Warum tat man dies, falls man einwandfreie Argumente zur Bekämpfung der Atomwaffengegner hatte? Das ist die zweite der peinlichen Fragen.

Auf Seite 200 seines Buches «Technik besiegt den Krieg» schreibt der frühere schweizerische Berufsoffizier und heutige Redaktor der größten schweizerischen Wochenschrift («Wir Brückenbauer») Dr. Walter Allgöwer wörtlich:

«Vorschläge wie die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa oder eines militärisch verdünnten Gebietes durch Rückzug der Großmachttruppen (Disengagement) tragen den Tatsachen Rechnung.»

Mitte September 1961 kam der frühere NATO-Generalsekretär und heutige belgische Außenminister Spaak aus Moskau zurück und setzt sich seither — wie die 10 000 anderen Sachverständigen und die 73 000 Unterzeichner der erwähnten Initiative — für eine atomwaffenfreie Zone ein. Eine atomwaffenfreie Zone bedeutet ja nichts anderes, als daß in dieser Zone die atomaren Waffen verboten werden, und zur Verminderung der Spannung zwischen Ost und West einige neutrale Staaten eingeschaltet werden sollen. Moskau hat einer solchen neutralen Zone schon seit Jahren zugestimmt; der Westen hat sie vorwiegend abgelehnt und der verstorbene Staatssekretär Dulles hat die Neutralität sogar lächerlich machen wollen. Er hatte dafür ganz andere Gründe als wir Schweizer meinen. Sie waren vorwiegend geschäftlicher Natur. Das ist — wie aus der Ostpresse erkennbar ist — der wichtigste Grund, weshalb Moskau Ende August 1961 die nuklearen Versuche wieder aufgenommen hat. Hat nicht der Westen durch die Ablehnung einer atomwaffenfreien neutralen Zone die Wiederaufnahme dieser Versuche mitverschuldet? Das ist die dritte der peinlichen Fragen, die eine Minderheit im Westen an die Mehrheit im Westen zu stellen hat*.

II. *Warum sind bisher alle Abrüstungskonferenzen gescheitert?*

Ende August 1961 gab die Sowjetunion bekannt, daß sie gezwungen sei, ihre Kernwaffenversuche wieder aufzunehmen.

Die führende Westpresse nahm die Gelegenheit wahr, um die Schuld am Scheitern der Abrüstungsverhandlungen auf die Sowjetunion abzuwälzen. Die Argumente unserer Presse sind jedem Leser bekannt. Darum seien hier nur die Argumente der uns fremden Ostpresse wiedergegeben.

Die kommunistische Presse ihrerseits wälzt die Schuld am Scheitern jeder Art Abrüstung auf den Westen ab. Das in der DDR führende Organ «Neues Deutschland» widmete dieser Abwälzung der

---

* *Anmerkungen und weitere Quellen:* I/Nr. 1 bis 15. Diese Ergänzungen werden beim Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich archiviert, wo auch die erwähnten Quellen eingesehen werden können (siehe Dossier «Abegg-Archiv» Nr. 3).

Schuld unterm 31. August und 1. Septembre 1961 volle vier Seiten mit folgenden Titeln:

Haupttitel: Zum Schutze der Menschheit vor einem Weltkrieg. Totale Abrüstung ist und bleibt wichtigste Aufgabe.

Untertitel: Imperialistische Mächte verschärfen das Wettrüsten und treiben Spannung bis zur Weißglut. Sowjetunion ist weiterhin für totale Abrüstung und Einstellung der Kernwaffenversuche. Sowjetunion für strenge Kontrolle der Abrüstung, aber der Westen nur für Kontrolle des Rüstungsbestandes. USA arbeitet am Projekt einer Neutronenbombe. Frankreich führt eine Kernexplosion nach der andern durch.

Unter dem Titel «Warum sind die USA gegen Abrüstung?» schreibt das «Neue Deutschland» am 1. September 1961 wörtlich:

«Fürchten sie einen Angriff des sozialistischen Lagers? Unsinn! Ein Angriff ist doch nicht möglich, wenn die Waffen aller Länder in den Weltmeeren versenkt würden, wie Chruschtschew vorgeschlagen hat. — Weil eine Wirtschaftskrise als Folge der Vernichtung der Rüstungen eintreten könnte? Eine internationale Wissenschaftlerkonferenz aus Ost und West kam 1960 zu dem einstimmigen Ergebnis: ‚Eine Beseitigung aller Rüstungen kann von allen Wirtschaftssystemen der Welt mit bestem Erfolg gemeistert werden'.»

Es kann also weder Furcht vor einem Überfall noch Furcht vor einer Wirtschaftskrise sein. Warum aber sträuben sie sich denn mit Händen und Füßen gegen die Abrüstung? Die reaktionäre amerikanische Zeitschrift «US News & World Report» gab im Juli 1959 eine eindeutige Antwort:

Das große Geschäft

«Die Rüstungsindustrie ist in den USA heute ein gigantisches Geschäft — das größte in den Staaten.»

Es ist in der Tat eine riesige Industrie: 6 Millionen Arbeiter und Techniker stehen im Dienste der Rüstungsbosse. Zwei Drittel des amerikanischen Regierungshaushalts werden für die Rüstung ausgegeben. Den Löwenanteil der Rüstungserträge stecken ein Dutzend riesige Unternehmen ein: die «General Dynamics», die «Boeing», die «Lockheed», die «General Electric», die «Martin», die «International Business Machines Corporation» u. a. Sie wollen ihr Geschäft nicht aufgeben, weil es ihnen einmalige Profite bringt. Das Unternehmerblatt «Fortune» schätzt sie doppelt so hoch wie in der übrigen Industrie. Die «Nation» spricht sogar von Gewinnen von 200 bis 800 Prozent.

Und diese Handvoll Trusts, mit den mächtigen Großbanken verbunden, beauftragt die amerikanischen Regierungen mit der Sabotage der Abrüstung. Der amerikanische Kongreßabgeordnete Cannon gab die Stellung der Rüstungsmonopole mit den Worten wider: «Wir würden nicht soviel Geld ausgeben, wenn die Rüstungsproduzenten nicht solchen Druck ausüben würden. Sie drohen uns mit den Schrek-

ken des Krieges. Wenn wir den Frieden erklären würden (das heißt die Abrüstung), wären wir alle ruiniert.»

Als die USA die Pariser Gipfelkonferenz sprengten, war «Wallstreet gehobener Stimmung», schrieb der Daily Herald. «Die Rüstungs-, Elektronen-, Flugzeug- und Raketenaktien erreichten neue Höchstwerte. Als aber Chruschtschew das Abrüstungsprogramm vorlegte, herrschte Panik an den Börsen.

Westmächte sabotieren eigene Vorschläge

Ihre Absage an die Abrüstung bemänteln die Regierungen des Westens mit schönen Reden. Sie wollen ja so gern abrüsten, wenn die Sowjetunion nur den westlichen Abrüstungsplänen zustimmen würde.

Aber auch damit sind sie hereingefallen. Mehr als einmal haben sie mit dieser Politik schon Schiffbruch erlitten. Wiederholt hat die Sowjetunion westlichen Plänen zugestimmt.»

Und nun, was denkt der einfache Bürger? Er hat natürlich kein eigenes Urteil. Wer aber nicht nur die Presse, sondern auch die Archive und die Fachliteratur studiert, gewinnt etwa folgenden Eindruck:

In der Tat, der Einfluß der großen Geschäftswelt zeigte sich vor allem in den Börsenkursen der Stahlaktien.

		Stahlkurs Mark
1930—1932	Während der Wirtschaftskrise in Deutschland bewegte sich dieser Aktienkurs im Durchschnitt um etwa	12
30. 1. 1933	Machtantritt Hitlers. Die Börsenkönige wußten, daß Hitler aufrüsten werde. Er schlug ja die Trommel für Bankier Schröder usw. Daher stiegen die Stahlkurse auf etwa	36
Mitte 1940	Nach Hitlers Siegen über Polen und Frankreich stiegen die deutschen Stahlkurse auf etwa	150

So wie nach dem Ersten Weltkrieg haben auch die Sieger des Zweiten Weltkrieges eine Entmilitarisierung Deutschlands vereinbart. Anstelle des Versailler Vertrages trat 1945 das Abkommen von Potsdam. Darin heißt es:

«Die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln ist zu verbieten. Das deutsche Wirtschaftsleben soll so rasch wie möglich dezentralisiert werden. Die übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht muß vernichtet werden.»

Die Gesetze 75 und 27 der Alliierten Hohen Kommission sowie die Durchführungsverordnungen bestimmten, daß die mit Hitlers Machtantritt belasteten deutschen Konzerne

«zu liquidieren und umzugestalten sind. Die übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht stellt eine Bedrohung für den Völker-

frieden oder die Aufrechterhaltung einer demokratischen Regierungsform in Deutschland dar und beschränkt den Handel ungebührlich. Die Beseitigung übermäßiger Macht ist das Ziel.»

Wie ist es nun zu erklären, daß dieses Abkommen und die von den Alliierten erlassenen Gesetze — obwohl sie noch immer gültig sind — von den westlichen Vertragspartnern verletzt und von der Bundesrepublik kurzerhand ignoriert werden?

Es gibt dafür keine andere stichhaltige Erklärung, welche auch die vertragswidrige Duldung der deutschen Wiederaufrüstung der Jahre 1935—1939 erklärt. Die Internationale der Rüstungskonzerne hatte ein Interesse an der Aufrüstung Deutschlands und konnte ihre Sonderinteressen sowohl gegen das Versailler Abkommen als gegen den Potsdamer Vertrag durchsetzen. Diese international verflochtenen Konzerne sind mächtiger als die Regierungen, weil sie mit ihren Milliardenvermögen eine subversive und magische Wirkung erzielen können.

So wie in den verhängnisvollen Jahren 1920—1923, 1930—1932 und 1935—1939 wird Westdeutschland auch heute wieder von einigen Konzernen beherrscht.

Acht Geschäftsriesen (Krupp, Thyssen, Hoesch, Haniel, IG Farben, Mannesmann usw.) beherrschen 50 Prozent der Kohlenbergwerke und 84 Prozent der Eisen- und Stahlindustrie. Damit beherrschen sie aber auch indirekt den größeren Teil der deutschen Presse.

Trotz Verbot durch das Potsdamer Abkommen bauen: der Thyssen-Konzern Militärflugzeuge; der Haniel-Konzern Strahltriebwerke für Düsenflugzeuge; der Rheinstahl-Konzern Panzerwagen. Und die beiden Chefs des Haniel- und Mannesmann-Konzerns sind Mitglieder der deutschen Atomkommission.

Mit den deutschen Rüstungskonzernen sind auch einige ehemalige Hitler-Generäle wieder an die Macht gekommen. Wer sich von den Spitzen der Verteidigungsministerien nach den Interessen der Konzerne und Börsenherren richtet, hat alle Aussicht, nach der Pensionierung einen fürstlich honorierten Posten in einem der großen Rüstungs- oder Ölkonzerne oder in der Leitung der Rockefeller-Stiftung zu erhalten. Gegen diese Koalition zwischen Geschäfts- und Gewaltriesen ist jede Opposition machtlos. Wiederum zeigt sich die Macht dieser Koalition auch in der Kursentwicklung der Aktien des ehemaligen deutschen Stahlvereins.

		DM
1948	Nach der Währungsreform betrug der Durchschnittskurs der Stahlaktien	8
Febr. 1952	Nachdem bekanntgeworden war, daß die Pläne der deutschen Regierung für eine deutsche Wiederaufrüstung bei den Rüstungskonzernen der USA eine günstige Aufnahme gefunden hatten, stiegen die Stahlkurse auf etwa	240

März 1952	Im Frühjahr 1952 machte die Regierung der Sowjetunion einen Abrüstungsvorschlag. Sofort fielen die Stahlkurse auf etwa	DM 170
1953	In der Folge gelang es den Börsen-, Stahl- und Ölkönigen, alle Abrüstungsvorschläge aus dem Osten und Westen zu sabotieren. Seither sind die Stahlkurse — mit einigen Unterbrechungen — vorwiegend bedingt durch die Angst vor einer Entspannung oder einer Überspannung — ständig im Steigen begriffen.	

Die Geschäftsriesen bestreiten natürlich ihren Einfluß auf die Außenpolitik und begründen die Wiederaufrüstung mit dem Hinweis auf den Angriff von 1950 in Korea. Aber es ist — nach Ansicht der Kommunisten — nicht der Koreakrieg die primäre Ursache des neuen Wettrüstens, sondern das Geschäftsinteresse der Rüstungskonzerne. In einer Denkschrift, die Prof. Warburg am 30. Juni 1961 Präsident Kennedy vorgelegt hat, schreibt er hierzu: «Es ist angeführt worden, daß der Koreakrieg den grundlegenden Gesinnungswechsel betreffend der Remilitarisierung (Westdeutschlands) verursacht habe, eine Darstellung, die den Tatsachen nachweislich nicht entspricht. Der Entschluß, Westdeutschland wieder zu bewaffnen, war *vor* dem koreanischen Krieg getroffen worden. Korea gab nur eine willkommene Begründung.» Und Prof. Baran schrieb in der Neuyorker «Nation» in Nr. 13/1959: «Man kann behaupten, daß eine Lösung der internationalen Spannungen auf den heftigsten Widerstand jener stoßen, deren Interesse durch die Fortsetzung des Wettrüstens am besten gewahrt werden.»

Die in den USA — und in Westeuropa — am häufigsten gelesene Monatsschrift *«Das Beste» gehört amerikanischen Geschäftsleuten.* Sie bringt in jeder Nummer Darstellungen, welche offensichtlich den Zweck haben, die Spannung zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten. So brachte sie zum Beispiel im Maiheft 1958 einen Artikel mit dem Titel «UdSSR contra USA». Die letzte der in diesem Artikel an verschiedene USA-Generäle gerichteten Fragen lautete: «Besteht eine wirkliche Chance, einen dauerhaften Frieden zwischen der Sowjetunion und den USA zu erreichen?» — Die Antwort von General Le May lautete: «Ja — solange die USA stärker bleiben als die Sowjetunion.»

Die Kommunisten werden dazu etwa Folgendes sagen: Die Generäle der USA empfehlen ein Übergewicht der USA über die Sowjetunion, und weshalb empfehlen sie nicht ein Gleichgewicht? Weil eine Politik des Gleichgewichts den Rüstungswettlauf stoppen und damit zugleich die Riesengewinne der privaten Rüstungsindustrie schmälern würde!

A. Gelpke

(Schluß folgt)